

DUDEN

ABI GENIAL

Politik und Wirtschaft



DAS SCHNELL-
MERK-SYSTEM

Für
schnellen
Lernerfolg

So lernen Sie besser!

Eine Geschichte erzählen

Bauen Sie Begriffe und Fakten, die Sie sich einprägen wollen, in eine möglichst lustige und ausgefallene Geschichte ein. Eine solche Assoziationskette hilft, Gelerntes vollständig wiederzugeben.

Querdenken

Machen Sie Ihre Notizen auf einem Blatt im Querformat oder hängen Sie ein Schaubild zur Analyse verkehrt herum auf. So kommen Sie schnell auf neue Gedanken und Sie erkennen schneller, was wirklich wichtig ist, um Zusammenhänge herzustellen.

Aktuelle Bezüge finden

Informieren Sie sich in Internet, TV oder Zeitung über das aktuelle politische und wirtschaftliche Geschehen. Sie können sich Lernthemen besser einprägen, wenn Sie einen Bezug zu tagesaktuellen Nachrichten entdecken.

Sich konzentrieren

Sudokus, Kreuzworträtsel oder Memos verbessern die Konzentrationsfähigkeit. Entwerfen Sie als besonders kreative Umsetzung eigene Kreuzworträtsel zum Lernstoff und tauschen diese in einer Lerngruppe aus.

Pause machen

Konzentriert zu arbeiten ist anstrengend. Daher ist es wichtig, regelmäßige Lernpausen einzulegen.

PQ4R-Methode

Die Anwendung der PQ4R-Methode vertieft das Verständnis bei der Lektüre eines Lehr- oder Sachbuchs. „PQ4R“ steht für:

Preview: Vorschau auf Inhaltsverzeichnis, Überschriften etc.

Question: Fragen zum Text formulieren

Read: lesen

Reflect: über Gelesenes nachdenken – auch kritisch

Recite: Gelesenes wiedergeben, Fragen schriftlich beantworten

Revue: noch einmal die wichtigsten Punkte zusammenfassen

Duden

ABI GENIAL

Politik und Wirtschaft



DAS SCHNELL-
MERK-SYSTEM

Dudenverlag

Berlin

Inhaltsverzeichnis

So funktioniert Abi genial	6
MINDMAP Der Prüfungsstoff	8
Das Wichtigste in Kürze	10

1 Das politische System Deutschlands 22

Wichtige Grundbegriffe 22

1.1 Das Grundgesetz 24

1.2 Grundrechte und Verfassungsvorgaben 25

1.3 Staatsform und Staatsstrukturprinzipien 27

1.4 Akteure und Verfahren in der politischen Meinungs- und Willensbildung 31

TOPTHEMA Parteien und Parteimitgliedschaft 32

1.5 Verfassungsorgane 40

TOPTHEMA Vor- und Nachteile des deutschen Föderalismus 46

2 Die Europäische Union 52

Wichtige Grundbegriffe 52

2.1 Überblick zur Entstehungsgeschichte 53

2.2 Der Vertrag von Lissabon 57

2.3 Aufgaben der Europäischen Union (Auswahl) 58

2.4 Organe der EU 62

TOPTHEMA EU-Organen – ein System abgestufter Kompetenz 72

3	Gesellschaft und Gesellschaftsanalyse	74
	Wichtige Grundbegriffe	74
	3.1 Sozialisation, soziale Gruppe und Individuum	75
	3.2 Werte – Normen – Wertewandel	77
	3.3 Gesellschaftsanalyse: Modelle und Theorien	78
	3.4 Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel	84
	3.5 Ausgewählte Gesellschaftsmodelle	88
	TOPTHEMA Empirische Datengewinnung	90
4	Wirtschaftliche Grundlagen	92
	Wichtige Grundbegriffe	92
	4.1 Wirtschaftsordnungen	93
	4.2 Wirtschaftskreislauf	96
	4.3 Preisbildung und Markt	98
	4.4 Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkungen	100
	4.5 Wettbewerbssicherung	102
	TOPTHEMA Statistiken	104
5	Wirtschaftspolitik	106
	Wichtige Grundbegriffe	106
	5.1 Akteure und Ziele der Wirtschaftspolitik	107
	5.2 Wirtschaftspolitische Konzeptionen	110
	5.3 Wachstum und Konjunktur	114
	5.4 Konjunkturpolitik	116
	5.5 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	120
	5.6 Arbeitsmarktpolitik	122
	5.7 Geldpolitik	124
	5.8 Export/Import und Außenhandelspolitik	136
	TOPTHEMA Ökonomische Indikatoren	138

6 Sozialstaat Deutschland 142

Wichtige Grundbegriffe 142

6.1 Soziale Gerechtigkeit 143

6.2 Sozialstaatsprinzipien und Umverteilung 145

6.3 Soziales Netz 148

6.4 Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat 160

7 Internationale Beziehungen 162

Wichtige Grundbegriffe 162

7.1 Prinzipien der internationalen Beziehungen 163

7.2 Das Völkerrecht 166

7.3 Akteure von internationalen Beziehungen 168

TOPTHEMA Transnationale Unternehmen 177

7.4 Krieg und Frieden 182

TOPTHEMA Terrorismus 184

7.5 Theorien internationaler Konfliktregelung 186

7.6 Globalisierung 190

TOPTHEMA Antworten auf die Globalisierung 194

TOPTHEMA Referat und Facharbeit 200

Prüfungsratgeber und Prüfungsaufgaben 204

- 1 Tipps für einen Selbsttest 204**
- 2 Die Klausur 205**
 - 2.1** Tipps für das Schreiben einer guten Klausur 205
 - 2.2** Inhalt und Aufbau einer Klausur 206
 - 2.3** Die Operatoren 207
- 3 Thematische Prüfungsaufgaben 211**
 - 3.1** Das politische System Deutschlands 211
 - 3.2** Die Europäische Union 214
 - 3.3** Gesellschaft und Gesellschaftsanalyse 218
 - 3.4** Wirtschaftliche Grundlagen 221
 - 3.5** Wirtschaftspolitik 223
 - 3.6** Sozialstaat Deutschland 227
 - 3.7** Internationale Beziehungen 229

Register 234

So funktioniert *Abi genial*

Abi genial ermöglicht Ihnen eine sehr effektive Prüfungsvorbereitung. Im Mittelpunkt steht die übersichtliche Darstellung von allen abiturrelevanten inhaltlichen Schwerpunkten.

Der Prüfungsstoff

Die Mindmap des Prüfungsstoffes bietet Ihnen eine schnelle Übersicht über alle im Buch dargestellten Inhalte. Nutzen Sie diese, um sich einen Überblick über den Prüfungsstoff zu verschaffen und zu markieren, was Sie noch üben müssen.

Das Wichtigste in Kürze

Diese Stichworte bilden die Basis des Abiturwissens. Nutzen Sie diese Überblicke als Gerüst, um die Inhalte eines Kapitels zu verstehen und zu verinnerlichen. Aufbauend auf diesem Gerüst aus fett gedruckten Stichworten können Sie die politischen und ökonomischen Zusammenhänge mithilfe der weiteren Informationen in den jeweiligen Kapiteln besser erfassen und verstehen. Nutzen Sie für ein vertieftes Verständnis, weil Sie z. B. einen Leistungskurs besuchen, unbedingt die ausführlichen Erklärungen eines jeden Kapitels.

Kapitelstarter

Zu Beginn eines jeden Kapitels werden die wichtigsten Grundbegriffe zu dem Thema erklärt.

Kapitel

Im Kapitel wird das Basiswissen mit allen relevanten Inhalten zum Thema dargestellt. Die klare Gliederung verschafft Ihnen eine gute Orientierung über die wichtigsten Akteure (Institutionen und Organisationen) oder die unterschiedlichen wissenschaftlichen Erklärungsmodelle zum Thema des Kapitels.

Topthema

Im Topthema wird ein besonders wichtiger Aspekt des Kapitels ausführlich und verständlich erklärt.


Prüfungsratgeber und Prüfungsaufgaben


Der Prüfungsratgeber ist ein Extrakapitel, in dem Sie Tipps für einen Selbsttest und zum Schreiben der Abiturklausur erhalten. Hier finden Sie alles Wichtige über die Anforderungsbereiche und Operatoren sowie typische Prüfungsaufgaben zu allen Unterrichtsthemen. Nutzen Sie die erlernten Kompetenzen, um die Aufgaben zu lösen.

Neben den inhaltsbezogenen Kompetenzen spielen im Abitur auch prozessbezogene Kompetenzen eine wichtige Rolle. Auch diese werden in den thematischen Prüfungsaufgaben berücksichtigt.

Prüfungstraining mit Abitur-Originalklausuren

Ergänzt wird das Prüfungstraining durch Originalprüfungen mit ausführlichen Musterlösungen, die Sie unter www.duden.de/abitur finden.

 Bitte beachten Sie: Die Anforderungen sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Auch in den Grund- und Leistungskursen gibt es große Unterschiede in den Kompetenzerwartungen.

 Gleichen Sie daher die Angaben in der Mindmap und in den Überblicken (Das Wichtigste in Kürze) mit den Abiturvorgaben in Ihrem Bundesland ab.

Der Prüfungsstoff

Das Grundgesetz – die Verfassung der Bundesrepublik

- Grundrechte: Menschen- und Bürgerrechte ↑ S. 25 ff.
- Freiheits-, Gleichheits-, Unverletzlichkeits- und Verfahrensrechte ↑ S. 26 f.
- Merkmale des Rechtsstaats und des Sozialstaats ↑ S. 28 ff.

Politische Meinungs- und Willensbildung

- Akteure: Parteien, Medien und Interessenverbände ↑ S. 31 ff.
- Wahlen und Wahlrecht ↑ S. 36 f.
- Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ↑ S. 38 f.

Verfassungsorgane im föderalen Deutschland

- Bundestag, Bundesregierung, Bundesrat ↑ S. 40 ff.
- Bundespräsident ↑ S. 47
- Bundesverfassungsgericht ↑ S. 48 ff.
- Vor- und Nachteile des Föderalismus ↑ S. 46
- Zusammenwirken der Verfassungsorgane ↑ S. 51

Organe der EU und ihre Aufgaben

- Europäischer Rat ↑ S. 62
- Europäisches Parlament ↑ S. 63 ff.
- Europäische Kommission ↑ S. 66 f.
- Ministerrat ↑ S. 68 f.
- Gerichtshof der EU ↑ S. 70 f.

Sozialstaat Deutschland

- Aspekte und Theorien sozialer Gerechtigkeit ↑ S. 143 f.
- verfassungsrechtliche Verankerung und Ziele von Sozialpolitik ↑ S. 142, 145
- Leistungen des sozialen Netzes ↑ S. 148 ff.
- Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung als Grundpfeiler sozialer Sicherung ↑ S. 150 ff.
- Modelle des Wohlfahrtsstaats ↑ S. 160 ff.

Das politische und soziale System Deutschlands

Europäische Union (EU)

Stationen der europäischen Integration ↑ S. 53–57

Vertrag von Lissabon ↑ S. 57 f.

Politikfelder und Ziele

- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ↑ S. 61
- Gemeinsame Agrarpolitik ↑ S. 59
- Regionalpolitik der EU ↑ S. 59 f.
- Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik und Forschung ↑ S. 59 ff.

Individuum und Gesellschaft
↑ S. 75–77

Modelle und Theorien zur
Gesellschaftsanalyse ↑ S. 78–83

Gesellschaftlicher Wandel
■ Bevölkerungsentwicklung
↑ S. 84 f.
■ soziale Ungleichheit und
soziale Mobilität ↑ S. 85 ff.

Gesellschaft und Gesellschaftsanalyse

Was kann drankommen?¹

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Grundlagen einer Volkswirtschaft
■ Marktwirtschaft und Zentral-
veraltungswirtschaft ↑ S. 93 ff.
■ Wirtschaftskreislauf und Preis-
bildung ↑ S. 96–99
■ Wettbewerb: Leistung, Funktio-
nen, Wettbewerbsbeschränkung
und -sicherung ↑ S. 100–103

Grundlagen der Wirtschaftspolitik
■ Markt, Staat, Steuern ↑ S. 106
■ Stabilität und Wachstum als wesent-
liche Ziele der Wirtschaftspolitik
(magisches Viereck) ↑ S. 108
■ weitere Ziele und Zielkonflikte ↑ S. 109

Völkerrecht ↑ S. 166 f.

Wichtige internationale Organisationen
■ UN ↑ S. 164 f., 171 ff.
■ WTO, Weltbank und IWF ↑ S. 174 ff.
■ NATO, OSZE ↑ S. 178 ff.

Konflikte und Konfliktregelung
■ „klassische“ und „neue“ Kriege
↑ S. 182
■ Terrorismus ↑ S. 184 f.
■ Theorien der Konfliktregelung
↑ S. 186–189

Globalisierung ↑ S. 190–196

Internationale Beziehungen

Nachfrage- und angebotsorientierte
Wirtschaftspolitik
■ Keynesianismus ↑ S. 110 f.
■ Neoklassik und Monetarismus
↑ S. 112 f.

Geldpolitik
■ Grundlagen ↑ S. 124–127
■ Stabilitätspolitik in der EU
↑ S. 128 ff.

Konjunktur und Arbeitsmarkt
■ Wirtschaftswachstum und
Konjunkturzyklen ↑ S. 114 f.
■ Konjunkturpolitik und
Konjunkturtheorien ↑ S. 116–119
■ Erwerbstätigkeit und Arbeits-
losigkeit ↑ S. 120 f.
■ Steuerung des Arbeitsmarktes
↑ S. 122 f.

¹ Diese Darstellung bildet eine Schnittmenge der möglichen Prüfungsinhalte ab, vereinzelt kann Prüfungsstoff hinzukommen oder ein Teil des hier abgebildeten entfallen.

Das politische System Deutschlands

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Republik und eine Demokratie.

Republik: Das Staatsoberhaupt wird auf Zeit gewählt (anders als in einer Monarchie).

Demokratie („Volksherrschaft“): Das Volk ist Träger der Staatsgewalt, die es in Wahlen und Abstimmungen ausübt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine **parlamentarische Demokratie**. Das Parlament als Volksvertretung besitzt substantielle Rechte. Damit stellt das politische System Deutschlands eine **repräsentative Demokratie** dar, in der das Volk nicht unmittelbar politische Befugnisse ausübt.

Neben der **indirekten (repräsentativ parlamentarischen) Demokratie** kennt das Grundgesetz auch Formen der **direkten Demokratie** (Volksabstimmungen, Referenden). Sie spielen aber im politischen Leben der Bundesrepublik eine untergeordnete Rolle.

Die parlamentarische Demokratie Deutschlands folgt dem Prinzip der Gewaltenteilung:

horizontale Gewaltenteilung in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung); **vertikale Gewaltenteilung** in Bund, Bundesländer und Gemeinden.

Der Gewaltenteilung steht die **Gewaltenverschränkung** gegenüber: Die „Regierungsmehrheit“ im Bundestag (Teil der Legislative) unterstützt i. d. R. die Regierung (Exekutive) gegen die parlamentarische Opposition.

Das Grundgesetz (GG)

Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Es steht über allen anderen Rechtsnormen der deutschen Gesetzgebung. Über die Einhaltung und Auslegung der Bestimmungen des GG wacht das **Bundesverfassungsge-**

richt. Im GG sind **Grundrechte** garantiert, z. B. der Schutz der Menschenwürde (Art. 1), freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2) oder Meinungsfreiheit (Art. 5).

Die Verfassungsorgane

Der **Bundestag** geht aus freien Wahlen hervor. Er ist die Volksvertretung der Bundesrepublik. Das Wahlsystem ist eine personalisierte Verhältniswahl: Jeder Wähler hat eine Erststimme (direkte Wahl des Abgeordneten nach relativer Mehrheitswahl) und eine Zweitstimme (Wahl der Landesliste einer Partei).

Die **Bundesregierung** ist das politische Exekutiv- und Koordinierungsorgan für die innere Gestaltung des Landes und die Regelung seiner auswärtigen Angelegenheiten. Sie besteht aus dem Bundeskanzler (Regierungschef; gewählt vom Bundestag) und den Bundesministern. Die Regierung kann abgelöst werden durch Vertrauensfrage, Misstrauensvotum oder nach Bundestagswahlen.

Der **Bundesrat** bildet zusammen mit dem Bundestag die Legislative. Durch ihn wirken die Länder bei der Gesetzgebung mit. Seine Mitglieder werden nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von den Regierungen der 16 Bundesländer entsandt. Als „Länderkammer“ ist der Bundesrat ein Ausdruck des Föderalismus in Deutschland.

Staatsoberhaupt der Bundesrepublik ist der **Bundespräsident**. Er wird von der alle fünf Jahre einberufenen Bundesversammlung gewählt. Insbesondere in Ausnahmesituationen (gescheiterte Vertrauensfrage, Gesetzgebungsnotstand, Verteidigungsfall) besitzt er wichtige Kompetenzen; im politischen Alltag sind seine Aufgaben vorwiegend repräsentativ.

Das **Bundesverfassungsgericht** (BVerfG) ist das höchste deutsche Gericht mit Sitz in Karlsruhe. Seine Entscheidungen binden die Verfassungsorgane von Bund und Ländern sowie alle Gerichte und Behörden in Deutschland. Es besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern.

Die Europäische Union

Die Europäische Union ist ein **Staatenverbund** von 27 europäischen Staaten. Die Bezeichnung „Staatenverbund“ bedeutet, dass die Verbindung enger ist als in einem reinen Staatenbund (**Konföderation**), weil die EU-Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Hoheitsrechte an die EU-Organe delegiert haben. Anders als in einem **Bundesstaat** behalten die Staaten jedoch ihre völkerrechtliche Souveränität.

Entstehungsgeschichte der EU

- 1951 Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS; auch „Montanunion“)**; in Kraft seit 23. 7. 1952; Gründungsmitglieder: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande
- 1957 Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** und der **Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)** zum 1. 1. 1958
- 1965 Zusammenführung sämtlicher Organe der drei **Europäischen Gemeinschaften** zum 1. 7. 1967
- 1973 erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften; bis 2013 folgen sechs weitere Erweiterungen auf zwischenzeitlich 28 Mitglieder; 2020 tritt Großbritannien aus.
- 1992 Im Vertrag von Maastricht (in Kraft seit 1. 11. 1993) wird die EWG in **Europäische Gemeinschaft (EG)** umbenannt; als Dachorganisation wird die **Europäische Union (EU)** gegründet.
- 1999 Einführung des **Euro**, der gemeinsamen Währung von elf (heute: 19) EU-Mitgliedstaaten; zunächst nur als Buchgeld, seit 2002 als Bargeld
- 2007 Im Vertrag von Lissabon (in Kraft seit 1. 12. 2009) geht die EG in der EU auf.

1 Das politische System Deutschlands

Wichtige Grundbegriffe

parlamentarische Demokratie

Herrschaftssystem, bei dem das Parlament als Volksvertretung substantielle Rechte besitzt. Es ist in Deutschland als **Zweikammersystem** angelegt. Der Bundestag ist aus freien Wahlen hervorgegangen. Damit stellt das politische System Deutschlands eine **repräsentative Demokratie** dar, in der das Volk nicht unmittelbar politische Befugnisse ausübt.

Die parlamentarische Demokratie Deutschlands folgt dem Prinzip der **Gewaltenteilung**, die die Unvereinbarkeit mehrerer gleichzeitiger Funktionsträgerschaften unterschiedlicher Gewalten festlegt:

■ **horizontale Gewaltenteilung**, d. h.

Aufteilung in 1) Gesetzgebung, 2) vollziehende Gewalt und 3) Rechtsprechung,

■ **vertikale Gewaltenteilung** in Bund und Bundesländer einschließlich Gemeinden.

Der Gewaltenteilung steht die **Gewaltenschränkung** gegenüber, die aus der Ausübung politisch-staatlicher Funktionen von sich gegenseitig kontrollierenden Institutionen entsteht.

Aus beiden ergibt sich in der politischen Praxis eine von der klassischen Gewaltenteilung abweichende Gewaltenteilung, die sog. **neue Gewaltenteilung**. Sie besteht

Bundestag und Bundesrat
Budgetrecht, Wahl und Abwahl des Bundeskanzlers u. a.

Ein Bundesverfassungsrichter (Judikative) kann nicht Regierungsmitglied (Exekutive) sein.

- 1) Parlament,
- 2) Regierung und Verwaltung,
- 3) Gerichte

Insbesondere die Opposition kontrolliert die Regierung.

aus 1) der politischen Führung, 2) der parlamentarischen Opposition und 3) der Rechtsprechung.

„wehrhafte“ Demokratie

Das Grundgesetz (GG) hat aus der Weimarer Reichsverfassung gelernt: Es sichert die **freiheitlich-demokratische Grundordnung** u. a. durch:

- Widerstandsrecht eines jeden Bürgers „gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen“;
- Aberkennung bestimmter Grundrechte bei Verfassungsgegnern;
- Verbot von verfassungswidrigen Parteien und Vereinigungen durch das Bundesverfassungsgericht;
- Unzulässigkeit von Änderungen, die die Gliederung des Bundes in Länder und die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung berühren.

Art. 79 Abs. 3 GG („Ewigkeitsklausel“): Ausschluss von Veränderungen der grundlegenden Werte und Prinzipien

Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952, der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956

deutsche Einheit

1949 entstanden die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) mit je eigener Verfassung. Das GG der BRD galt zunächst als Zwischenlösung. Mit dem Einigungsvertrag vom 31. 8. 1990 traten die neu gegründeten Länder der DDR nach Art. 23 GG dem Geltungsbereich des GG bei (wirksam: 3. 10. 1990); das GG wurde die Verfassung des vereinten Deutschlands.

Nationalfeiertag ist der 3. 10., der Tag der Deutschen Einheit.

1.1 Das Grundgesetz

► **Verfassung der Bundesrepublik Deutschland**

Das Grundgesetz trat am 24. Mai 1949 als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Es legt die wesentlichen staatlichen System- und Wertentscheidungen fest.

Das Grundgesetz (GG) steht über allen anderen Rechtsnormen der deutschen Gesetzgebung, z. B. den Verfassungen der Bundesländer. Über die Einhaltung und Auslegung der Bestimmungen des Grundgesetzes wacht das Bundesverfassungsgericht (↑ S. 48). Eine Änderung des GG, die die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung und die in den Art. 1 und 20 GG niedergelegten Grundsätze (v. a. Würde des Menschen, Bekenntnis zu Menschenrechten, Gewaltenteilung, Volkssouveränität und Bundesstaatsprinzip) berührt, ist nach Art. 79 Abs. 3 GG unzulässig („Ewigkeitsklausel“). Sonstige Änderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Aufbau des Grundgesetzes

Präambel

Art. 1–19: Grundrechte

Art. 20–37: Bund und Länder

Art. 38–69: Aufgaben und Befugnisse der obersten Bundesorgane

Art. 70–82: Gesetzgebung des Bundes

Art. 83–91e: Ausführung der Bundesgesetze und Bundesverwaltung, Gemeinschaftsaufgaben

Art. 92–104: Rechtsprechung

Art. 104 a–115: Finanzwesen

Art. 115 a–115 l: Verteidigungsfall

Art. 116–146: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Umweltpolitik

Das **globale Aktionsprogramm „Agenda 21“** wurde von den UN 1992 für das 21. Jh. entwickelt. Es sieht eine nachhaltige Entwicklung vor, d. h., die Bedürfnisse der heute Lebenden müssen mit denen künftiger Generationen in Einklang gebracht werden. Dazu sollen die Industrieländer ihre umweltbelastende und ressourcenverbrauchende Lebensweise dauerhaft reduzieren. Entwicklungsländer sollen vorrangig die Armut bekämpfen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Etappenziele

Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, 1992 in Rio de Janeiro:

- völkerrechtlich verbindliche **Artenschutzkonvention**;
- Verabschiedung der **Klimarahmenkonvention**: Das dazu gehörige **Kyotoprotokoll** (1997) war ein zentraler Hebel globaler Klimaschutzpolitik. Es strebte eine Reduzierung der weltweiten Emissionen der wichtigsten Treibhausgase bis 2012 um 5 % gegenüber 1990 an. Viele Industriestaaten verfehlten allerdings das Kyoto-Ziel.
- **Vereinbarung von Umweltlizenzen** für den Handel mit Emissionsrechten als marktwirtschaftliches Instrument zur Erreichung der Klimaziele in der Weltwirtschaft.

UN-Klimakonferenz, 2015 in Paris:

Das auf der Konferenz beschlossene „Paris-Abkommen“ sieht die Begrenzung der **globalen Erwärmung** auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C, im Vergleich zu vorindustriellen Zuständen vor. Um das gesteckte Ziel zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null gesenkt werden.

Entwicklungspolitik

Auf dem **Millenniumsgipfel** 2000 beschlossen die UN ein Aktionsprogramm mit dem Ziel, bis 2015 den Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung zu halbieren. Auf dem **Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung** 2015 in New York wurden nachhaltige Entwicklungsziele ergänzt.

Strategien zur Armutsbekämpfung und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung

Strategie	Grundgedanken
Grundbedürfnisstrategie	Sicherung eines Mindesteinkommens, damit die Bevölkerung ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigen kann
Polarisierungsstrategie (fußend auf der Modernisierungstheorie)	Nachholen der Entwicklung der Industrieländer durch Initialzündung (Einschießen von Kapital, hoch qualifizierten Arbeitskräften, Know-how), um „Entwicklungsinseln“, neue Mittelschichten etc. entstehen zu lassen
Abkoppelungsstrategie (fußend auf der Dependenztheorie, ↑ S.192)	Aussetzen der Beziehungen zu Industrieländern und Weltwirtschaft, bis eine solide selbsttragende Entwicklung möglich ist
angepasste Entwicklung	Den konkreten Bedingungen vor Ort entsprechend soll eine Entwicklungsstrategie entwickelt werden. Technologie wird nur angepasst implementiert. Die Menschen entscheiden selbst, wie die Entwicklung verlaufen soll.

Weltwirtschafts- und Sozialpolitik

Auf diesen Politikfeldern haben sich zwei unterschiedliche Linien im Umgang mit der Globalisierung herausgebildet:

G7-/G8-Gipfel und Weltsozialforum im Vergleich

	G7-/G8-Gipfel	Weltsozialforum
Träger	Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten (G7 bzw. G8)	NGOs wie z.B. kirchliche Gruppen, Greenpeace, Attac
bekannteste Konferenzen	Gleneagles (2005), Huntsville (2010), Brüssel (2014); 45 Gipfeltreffen seit 1975	Porto Alegre (2001, 2002, 2003), Dakar (2011), Tunis (2015); 14 WSF seit 2001
Ziele	Förderung der Entwicklung der Weltwirtschaft	soziale Gestaltung der Weltwirtschaft
Strategien	<ul style="list-style-type: none"> ■ Förderung von Handel und weltwirtschaftlicher Entwicklung ■ Abbau von Handelshemmnissen ■ Liberalisierung der Weltwirtschaft ■ Bekämpfung der Armut 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Festlegung von Sozialstandards ■ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ■ Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung ■ Bekämpfung der Armut
Mittel	<ul style="list-style-type: none"> ■ Treffen der Staats- und Regierungschefs ■ internationale Vereinbarungen ■ Aktionsprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zusammenkünfte von NGOs mit Betroffenen ■ Öffentlichkeitsarbeit ■ Propagierung der Tobin-Steuer*

* Devisenumsatzsteuer auf alle Geldwechselgeschäfte im internationalen Rahmen zur Eindämmung von Devisenspekulation und zum Einsatz für die Armutsbekämpfung (nach dem US-amerikanischen Ökonomen James Tobin, 1918–2002).

Referat

Das Referat informiert eine Zuhörerschaft mündlich über einen Sachverhalt. Trotzdem können Referate auch schriftlich ausgearbeitet und durch ein **Handout** oder **Thesepapier** ergänzt werden. Jedes Referat hat ein **Thema**, das auf einem Informationsinteresse beruht.

Grundüberlegungen und Leitfragen zur Vorgehensweise

In welchem Zusammenhang steht das Referat?

- Was genau ist das Thema des Referats?
- In welchem Zusammenhang steht das Thema?
- Welches Informationsinteresse steht hinter dem Thema (z. B. knappe Information über die wichtigsten Merkmale)?
- An welche Zuhörerschaft ist das Referat gerichtet? (Welche Informationen können vorausgesetzt werden, welche helfen weiter? Was erwarten meine Zuhörer von mir?)

Tipps zur Recherche

- Welche Informationsmöglichkeiten (z. B. das Internet) passen wirklich zum Thema?
- Welche Informationsquellen sind verlässlich und weiterführend? (Autor und Quelle geben Anhaltspunkte.)
- Welche Informationen sind wichtig, welche stellen nur uninteressante Details dar?
- Ist meine Informationssammlung auch keine Datensammlung (z. B. von ausgedruckten Internetseiten)?
- Bildet sich bei der Informationssammlung ein Raster? Zu welchen Aspekten fehlen noch Informationen?
- Welche Punkte sind noch offen und ungeklärt?

Speicherung der Informationen

Informationen müssen festgehalten werden, um sie für den mündlichen Vortrag aufbereiten zu können. Bewährt haben sich **Zettelkästen** (auch elektronische), in denen zu den wichtigen Aspekten des Themas Exzerpte gesammelt werden. Jeder Zettel braucht eine Überschrift (z. B. „Folgen der Arbeitslosigkeit für den Einzelnen“) und sollte neben dem Exzerpt auch eine genaue Angabe der Fundstelle enthalten, damit bei Bedarf noch einmal nachgesehen oder auf eine Literaturangabe verwiesen werden kann. Das **Exzerpt** besteht aus einer wörtlichen Wiedergabe oder genauen Zusammenfassung der Informationen.

Schriftliche Gliederung

Mit dem Ordnen der Zettel beginnt die Zusammenstellung der Informationen für den Aufbau des Referats. Jetzt sollte man sich noch einmal vergewissern, was das Thema ist. Eine schriftliche Gliederung eignet sich u. U. auch als Folie zur Orientierung während des Referats:

► Einführung

Das Thema muss genannt werden. Der Zusammenhang mit anderen Informationen sollte hergestellt, das Informationsinteresse kann kurz beleuchtet werden. Knapp kann gesagt werden, was die Zuhörer erwartet (z. B. Ausgabe des Handouts nach dem Referat usw.).

► Hauptteil

Die Informationen werden präsentiert, sodass sie der Zuhörerschaft unmittelbar deutlich werden.

► Schluss

Das Referat wird in den Zusammenhang des Unterrichts gestellt, ggf. mit weiteren Informationsmöglichkeiten.

Präsentation

Das Referat ist eine Präsentationsform und muss durch Medien anschaulich gemacht werden:

- ▶ Folien,
- ▶ Tafelanschrieb,
- ▶ große Bilder und Plakate,
- ▶ Grafiken usw.

Handouts, Thesenpapiere und Übersichten können die Information ergänzen bzw. festigen.

Facharbeit

In der Facharbeit werden Informationen in schriftlicher Form aufbereitet. Bei der Facharbeit soll die Fähigkeit gezeigt werden, ein Thema zu finden und mit wissenschaftlichen Mitteln auszuarbeiten.

Formulierung des Themas

Die Themenfindung ist eine der schwierigsten Phasen der Facharbeit. Das Thema soll präzise formuliert und deutlich eingegrenzt sein.

Leitfragen sind:

- ▶ Welche Informationen habe ich bereits zum Thema?
Welche Quellen kenne ich bereits?
- ▶ Lässt sich das so formulierte Thema von mir in der vorgegebenen Zeit erschöpfend bearbeiten?

Die Arbeit mit Quellen

In der Facharbeit ist die Arbeit mit den Quellen wesentlich wichtiger als im Referat. Dabei gelten Regeln zum wissenschaftlichen Zitieren:

- ▶ Jede Übernahme aus der Quelle muss kenntlich gemacht werden. Fremde Gedanken dürfen nicht verändert und verfälscht werden. Man kann und soll sich jedoch kritisch oder interpretierend mit ihnen auseinandersetzen.
- ▶ Zusammenfassungen von Aussagen aus anderen Texten müssen durch einen Hinweis auf die Quelle belegt werden.
- ▶ Wörtliche Zitate (ohne die man an wichtigen Stellen nicht auskommt) müssen durch Zitatstriche und Angaben nach den Zitierregeln kenntlich gemacht werden.
- ▶ Insgesamt soll in der Argumentation der Facharbeit deutlich werden, wie sich die Auseinandersetzung mit dem Thema in eine (wissenschaftliche) Tradition stellt, wie ihre Grundlagen (und Methoden) abgesichert sind und dass sie auf dieser Grundlage Neues entdecken und bearbeiten kann.

Qualitäts- und Bewertungskriterien für Facharbeiten

- ▶ Das Thema ist sinnvoll eingegrenzt und vollständig erfasst.
- ▶ Es werden die wichtigen Informationen zum Thema gegeben.
- ▶ Die Argumentation ist sinnvoll gegliedert.
- ▶ Es wird zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterschieden. Es liegt eine entsprechende Gewichtung vor.
- ▶ Die Quellen werden vollständig benannt und es wird richtig zitiert.
- ▶ Der Verfasser/die Verfasserin kann auf Nachfragen präzise Auskunft geben und ihre eigene Argumentation erklären.

1 Tipps für einen Selbsttest

Überprüfen Sie Ihr Wissen und Ihre Kompetenzen mit diesen Tipps selbst. So finden Sie heraus, welche Themenbereiche Sie vertiefen und was Sie noch üben sollten.

- Geben Sie einen Überblick über das Thema.
- Nennen Sie die Schlüsselbegriffe und die wichtigen Fakten.
- Nennen Sie die wichtigsten Akteure (z. B. Verfassungs- und EU-Organen, Träger der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Staaten und internationale Organisationen) und erklären Sie deren Zusammenspiel.
- Führen Sie sich das Modell des Wirtschaftskreislaufs vor Augen und erklären Sie die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren.
- Erklären Sie das Modell der Preisbildung am Markt. Erläutern Sie hierzu die Folgen einer Steigerung (Senkung) von Angebot bzw. Nachfrage. Nennen Sie Formen unvollkommener Märkte und Arten der Wettbewerbsbeschränkung.
- Nennen, erklären und vergleichen Sie die unterschiedlichen Modelle und Theorien zur Analyse von Gesellschaft, Wirtschaft und internationaler Politik.
- Bauen Sie immer auch einen anderen, evtl. gegensätzlichen und auf einem anderen Modell beruhenden Blickwinkel in Ihre Überlegungen und Argumentationen ein.
- Formulieren Sie das Wichtigste aus einem Themengebiet in einem einzigen Satz als Fazit.

2 Die Klausur

2.1 Tipps für das Schreiben einer guten Klausur

Erst denken – dann schreiben

- Verschaffen Sie sich zuerst einen Überblick – lesen Sie alle Aufgaben aufmerksam durch. Beachten Sie die Vorder- und Rückseiten.
- Notieren Sie sich wichtige Themen und erste Gedanken auf einem Notizblatt. Überprüfen Sie später, ob Sie an alles gedacht haben.
- Lesen Sie die Aufgaben ein zweites Mal: Welche Fragen sind besonders wichtig, weil es viele Punkte dafür gibt? Markieren Sie diese Aufgaben, um sie bei der Beantwortung in den Fokus zu rücken.
- Beginnen Sie mit den Fragen, bei denen Sie sich sicher sind.

Gut und treffend formulieren

- Verwenden Sie Fachbegriffe und Schlüsselwörter. Achten Sie darauf, sie richtig zu verwenden, und ersetzen Sie sie nur durch einen anderen Begriff, wenn Sie sich sicher sind.
- Verwenden Sie kurze und treffende Wörter. Nutzen Sie Fremdwörter nur dann, wenn Sie sich sicher sind, dass sie treffend und korrekt sind.
- Schreiben Sie lieber kürzere Sätze. Das hilft, den Überblick zu behalten.
- Schreiben Sie im Aktiv. Verwenden Sie das Passiv nur dann, wenn es der Sachverhalt erfordert.
- Lesen Sie Korrektur.

2.2 Inhalt und Aufbau einer Klausur

Im Fach Politik/Wirtschaft (Sozialkunde, Politische Weltkunde, Gemeinschaftskunde) bilden meist Materialien, z. B. Texte, Statistiken, Karikaturen oder Grafiken, die Grundlage für die Aufgabenstellung in den Klausuren und in der schriftlichen Abiturprüfung.

Die Aufgabenstellung

- ist meist mehrgliedrig und
- verlangt mehrere Interpretationsschritte.

Die Teilaufgaben lassen sich im Allgemeinen **drei** unterschiedlichen **Anforderungsbereichen (AFB)** zuordnen, wobei es einen relativen Schwerpunkt im AFB II gibt, in dem der Untersuchungsgegenstand analysiert werden muss. Je nach Anforderungsbereich werden unterschiedliche Leistungen erwartet.

Die Anforderungsbereiche werden bei der Bewertung der Klausur verschieden gewichtet. Die allgemein üblichen Gewichtungen können der folgenden Übersicht entnommen werden. Je nach Vorgaben für das Zentralabitur, Fachbereichsbeschluss oder Schwierigkeitsgrad der Klausur kann es hier zu Abweichungen kommen.

Anforderungsbereiche (AFB)

Anforderungsbereich	Bedeutung	Anteil
AFB I: Reproduktion	Wiedergeben und Darstellen von fachspezifischen Sachverhalten aus einem thematisch abgegrenzten Bereich	30%

Anforderungsbereich	Bedeutung	Anteil
AFB II: Reorganisation und Transfer	Selbstständiges Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter fachspezifischer Inhalte sowie das Anwenden gelernter Inhalte und Methoden auf andere Inhalte	40%
AFB III: Reflexion und Problemlösung	Reflexiver Umgang mit den Erkenntnissen, Problemen, Methoden, um dadurch zu Folgerungen, Beurteilungen und Handlungsoptionen zu gelangen	30%

Es bedarf 45% der möglichen Punktzahl, um vier Notenpunkte zu erhalten. Werden ausschließlich Aufgaben aus dem AFB I gelöst, kann eine Prüfung somit nicht bestanden werden. Erst mit Erreichen von mindestens 75% der möglichen Punktzahl liegt eine gute Leistung vor, die mit zehn Notenpunkten bewertet wird. Auch wenn alle Aufgaben aus dem AFB I und dem AFB II gelöst werden (i. d. R. zusammen 70%), kann daher keine gute oder sehr gute Leistung erlangt werden. Für eine solche Leistung müssen Teilaufgaben aus dem AFB III beantwortet werden.

2.3 Die Operatoren

Aus den Aufgabenstellungen einer Klausur geht die Art der geforderten Leistung hervor. Die Aufgaben werden i. d. R. mithilfe von sog. Operatoren formuliert. Das sind **Arbeitsanweisungen**, denen drei Anforderungsbereiche entsprechen.

Nicht immer ist die Zuordnung zu den Anforderungsbereichen eindeutig. Sie hängt z. B. vom Schwierigkeitsgrad des

Materials ab. So kann ein Operator, der meist dem Anforderungsbereich I zugeordnet ist, auch mal dem Anforderungsbereich II entsprechen. Grundsätzlich gilt jedoch, dass es wichtig ist, auf den genauen Wortlaut der Arbeitsanweisung zu achten, um exakt die geforderte Leistung zu erbringen und damit die höchstmögliche Punktzahl zu erreichen.

Anforderungsbereich I: Reproduktion

Operator	Bedeutung
<i>Zählen Sie ... auf</i> <i>Nennen Sie ...</i> <i>Geben Sie ... wieder</i> <i>Fassen Sie ... zusammen</i>	Kenntnisse (Fachbegriffe, Daten, Fakten, Modelle) und Aussagen in komprimierter Form unkommentiert darstellen
<i>Benennen Sie ...</i> <i>Bezeichnen Sie ...</i>	Sachverhalte, Strukturen und Prozesse begrifflich präzise aufführen
<i>Beschreiben Sie ...</i> <i>Legen Sie ... dar</i> <i>Stellen Sie ... dar</i> <i>Skizzieren Sie ...</i>	Wesentliche Aspekte eines Sachverhalts im logischen Zusammenhang unter Verwendung der Fachsprache wiedergeben

Anforderungsbereich II: Reorganisation und Transfer

Operator	Bedeutung
<i>Analysieren Sie ...</i>	Materialien oder Sachverhalte mithilfe politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien erschließen, in systematische Zusammenhänge einordnen und Hintergründe und Beziehungen herausarbeiten
<i>Werten Sie ... aus</i>	Daten oder Einzelergebnisse zu einer abschließenden Gesamtaussage zusammenführen

Operator	Bedeutung
<i>Charakterisieren Sie ...</i>	Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben und diese dann unter einem bestimmten Gesichtspunkt zusammenführen
<i>Ordnen Sie ... ein</i>	Eine Position zuordnen oder einen Sachverhalt in einen Zusammenhang stellen
<i>Erklären Sie ...</i>	Sachverhalte in einen Zusammenhang (z. B. in eine Theorie, in ein Modell) einordnen und deuten
<i>Erläutern Sie ...</i>	Sachverhalte in einen Zusammenhang einordnen, deuten und durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen
<i>Arbeiten Sie ... heraus</i> <i>Ermitteln Sie ...</i> <i>Erschließen Sie ...</i>	Aus Materialien bestimmte Sachverhalte herausfinden, auch wenn sie nicht explizit genannt werden, und Zusammenhänge zwischen ihnen herstellen
<i>Interpretieren Sie ...</i>	Sinnzusammenhänge aus Materialien erschließen
<i>Vergleichen Sie ...</i>	Sachverhalte gegenüberstellen, um Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszufinden
<i>Widerlegen Sie ...</i>	Argumente anführen, dass eine Behauptung, ein Konzept o.Ä. nicht haltbar ist

Anforderungsbereich III: Reflexion und Problemlösung

Operator	Bedeutung
<i>Begründen Sie ...</i>	Zu einem Sachverhalt Argumente unter dem Aspekt der Kausalität schlüssig entwickeln

Prüfungsratgeber und Prüfungsaufgaben

Operator	Bedeutung
<i>Beurteilen Sie ...</i>	Den Stellenwert von Sachverhalten oder Prozessen in einem Zusammenhang bestimmen, um anhand von politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien zu einem begründeten Sachurteil zu kommen
<i>Entwerfen Sie ...</i>	Ein Konzept in seinen wesentlichen Zügen erstellen
<i>Bewerten Sie ...</i> <i>Nehmen Sie</i> <i>Stellung ...</i>	Den Stellenwert von Sachverhalten in einem Zusammenhang bestimmen und unter Einbeziehung persönlicher Wertmaßstäbe zu einem Werturteil gelangen
<i>Entwickeln Sie ...</i>	Zu einem Sachverhalt oder zu einer Problemstellung ein konkretes Lösungsmodell oder eine Gegenposition begründend skizzieren
<i>Erörtern Sie ...</i>	Zu einer vorgegebenen Problemstellung eine reflektierte kontroverse Auseinandersetzung führen und zu einer abschließenden begründeten Bewertung gelangen
<i>Gestalten Sie ...</i>	Eine eigene Rede, einen eigenen Handlungsvorschlag, ein Modell, ein Szenario oder ein mediales Produkt entwickeln
<i>Problematisieren Sie ...</i>	Widersprüche herausarbeiten, Positionen oder Theorien begründend hinterfragen
<i>Prüfen Sie ...</i> <i>Überprüfen Sie ...</i>	Sachverhalte, Vermutungen oder Hypothesen auf der Grundlage eigener Kenntnisse oder mithilfe der zur Verfügung gestellten Materialien auf sachliche Richtigkeit bzw. auf ihre innere Logik hin untersuchen
<i>Setzen Sie sich mit ... auseinander</i> <i>Diskutieren Sie ...</i>	Zu einem Sachverhalt oder Konzept, zu einer Problemstellung oder einer These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt

3 Thematische Prüfungsaufgaben

Im folgenden Kapitel sind zu den verschiedenen Unterrichtsthemen Prüfungsaufgaben von unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad (↑ S. 206 f.) zusammengestellt. Sie dienen der gezielten Vorbereitung und insbesondere dem Umgang mit fachtypischen Klausurformulierungen, den Operatoren (↑ S. 207–210).

Seitenverweise geben, sofern möglich, Hinweise zu den Lösungen, die hier nicht dargestellt werden.

3.1 Prüfungsaufgaben zum politischen System Deutschlands

Anforderungsbereich I

- Beschreiben Sie, was unter parlamentarischer Demokratie zu verstehen ist. (↑ S. 22)
- Stellen Sie das Prinzip der Gewaltenteilung dar und führen Sie Beispiele an. (↑ S. 22)
- Skizzieren Sie den Aufbau des Grundgesetzes. (↑ S. 24)
- Beschreiben Sie den Unterschied zwischen Menschen- und Bürgerrechten. (↑ S. 25)
- Geben Sie wichtige Stationen in der historischen Entwicklung der Grundrechte wieder. (↑ S. 26)
- Bezeichnen Sie die Staatsform Deutschlands. (↑ S. 27 f.)
- Legen Sie die Staatsstrukturprinzipien dar. (↑ S. 28–30)
- Führen Sie Beispiele für das soziale Handeln des Staates auf. (↑ S. 29)
- Beschreiben Sie die wesentlichen Merkmale eines Bundesstaats. (↑ S. 30)
- Nennen Sie die Akteure im politischen System. (↑ S. 31–35)
- Nennen Sie die Funktionen und Aufgaben von Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. (↑ S. 31)

- Beschreiben Sie das deutsche Parteiensystem. (↑ S. 31)
- Beschreiben Sie das Wahlsystem bei den Bundestagswahlen. (↑ S. 36 f.)
- Geben Sie die möglichen Formen der Bürgerbeteiligung wieder. (↑ S. 38 f.)
- Skizzieren Sie das Gesetzgebungsverfahren. (↑ S. 41)
- Geben Sie wieder, was der Begriff Dualismus bezeichnet. (↑ S. 42)
- Beschreiben Sie den Begriff der Koalitionsräson. (↑ S. 44)
- Führen Sie die Grundfunktionen des Bundestages auf. (↑ S. 42)
- Benennen Sie die Verfassungsorgane (↑ S. 40–50) und stellen Sie ihr Zusammenwirken dar. (↑ S. 51)

Anforderungsbereich II

- Erklären Sie, weshalb unsere Demokratie als wehrhaft bezeichnet wird. (↑ S. 23)
- Ordnen Sie die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes danach ein, ob der jeweilige Artikel Freiheits-, Gleichheits-, Unverletzlichkeits- oder Verfahrensrechte garantiert. (↑ S. 25 f.)
- Erläutern Sie an einem Beispiel den Aufbau von Parteien. (↑ S. 32 f.)
- Vergleichen Sie das Prinzip der Mehrheits- und der Verhältniswahl. Verdeutlichen Sie Ihre Ausführungen mit selbst gewählten Beispielen aus anderen Staaten.
- Erläutern Sie, weshalb die Medien als vierte Macht bezeichnet werden. Führen Sie dazu auch die Aufgaben der Medien an. (↑ S. 34)
- Interpretieren Sie die Bezeichnung Deutschlands als eines Verbändestaates. (↑ S. 35)
- Arbeiten Sie das Spannungsverhältnis zwischen der Fraktionsdisziplin und dem freien Mandat von Abgeordneten heraus. (↑ S. 40 f.)

- Ermitteln Sie mögliche Vor- und Nachteile der Mitwirkung des Bundesrates am Gesetzgebungsprozess.
- Erläutern Sie anhand von Beispielen die Kontrollinstrumente des Bundestages. (↑ S. 42)
- Erklären Sie unter Bezugnahme auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Kompetenzgefüge von Demokratie, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit im Bund und in den Ländern.
- Vergleichen Sie die Vor- und Nachteile des deutschen Föderalismus. Führen Sie für beide Seiten Beispiele an. (↑ S. 46)
- Arbeiten Sie anhand der Bestimmungen im Grundgesetz das Spannungsverhältnis von Kanzlerprinzip (Art. 65 Abs. 1 GG) und Ressortprinzip (Art. 65 Abs. 2 GG) heraus. (↑ S. 43)
- Erklären Sie, weshalb das Bundesverfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber bezeichnet wird, und führen Sie ein Beispiel für diese Funktion an. (↑ S. 49)

Anforderungsbereich III

- Erörtern Sie, ob eine Demokratie die Möglichkeit eines Parteiverbots benötigt. (↑ S. 23, ↑ S. 31 f.)
- Beurteilen Sie die Angemessenheit eines NPD-Verbots. Führen Sie sowohl Pro- als auch Kontraargumente an.
- Diskutieren Sie folgende Aussage: „Im Grundgesetz stehen Freiheits- und Gleichheitsrechte in einem inneren Spannungsverhältnis.“
- Setzen Sie sich mit der Frage auseinander, welches Wahlrecht (Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht) gerechter und welches effizienter ist.
- Beurteilen Sie unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und der Effizienz die 5%-Sperrklausel bei der Bundestagswahl. (↑ S. 37)
- Setzen Sie sich mit der Frage auseinander, ob wir auf der Bundesebene in Sachfragen Instrumente direkter Demokratie benötigen. Berücksichtigen Sie hierbei auch die Gesichts-

A		Demokratie	27 f.
Acquis communautaire	54	Devisenhandel	137
Afrikanische Union (AU)	181	Dienstleistungen	92
Agenda 21	194	Dienstleistungsbilanz	136
Angebot und Nachfrage	98		
Arbeitslosenversicherung	156	E	
Arbeitslosigkeit	121 f.	Europäische Gemeinschaft	
Arbeitsmarktpolitik	122 f.	für Kohle und Stahl (EGKS)	55
Arbeitsorganisation		Einkommen	85
(internationale)	174	Entwicklungsland	197 f.
Armut	197	Entwicklungspolitik	195
ASEAN	181	Erlebnisgesellschaft	89
Außenhandelspolitik	136 f.	Erststimme	36
Außenwirtschafts-		Erwerbslose	121
theorie	136 f.	Erwerbspersonen	120
		Erwerbspersonen-	
B		potenzial	120
Banken	124	Erwerbstätigenquote	120
Bevölkerungsentwicklung	84	Erwerbstätigkeit	120 f., 156 f.
Bildung	86	Euro	128 ff.
Bruttoinlandsprodukt		Europäische Kommission	66
(BIP)	114, 140	Europäischer Rat	62
Bruttonationaleinkommen		Europäisches Parlament	
(BNE)	114, 140	(EP)	63 f.
Bundeskartellamt	102	Europäisches System der	
Bundespräsident	47	Zentralbanken (ESZB)	128
Bundesrat	45	Europäisches System volks-	
Bundesregierung	43 f.	wirtschaftlicher Gesamt-	
Bundesstaat	30	rechnungen (ESVG)	139
Bundestag	40 ff.	Europäische Union (EU)	52 ff.
Bürgerbeteiligung	38	– Aufgaben	58 ff.
Bürgerinitiative	35	– Außenpolitik	61
Bundesverfassungs-		– Entstehung	53 ff.
gericht	48 ff.	– Ministerrat	68
		– Rechtsvorschriften	64 f.
D		– Regionalpolitik	59 f.
Datengewinnung	90	– Sozialpolitik	60
Deficit-Spending	111	– Stabilitäts- und	
Demografie	142	Wachstumspakt	130

<i>Forts.</i> Europäische Union (EU)		Gewaltenteilung	22, 28
– Umweltpolitik	60 f.	Gewaltenverschränkung	22, 28
– Wirtschaftspolitik	58	Global Governance	189
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	55	Globalisierung	190 ff.
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	55	– Theorien	192 f.
Europäische Zentralbank (EZB)	69, 131 ff.	Globalsteuerung	111
– Geldpolitik	132 f.	Grundgesetz	24
Europarat	54	– Änderungen	24
Ewigkeitsklausel	24	– Aufbau	24
		– Präambel	24
		Grundrechte	25
		– Entwicklung	26
		– Gewährleistung	29
		– Teilhaberechte	25
		– Unverletzlichkeitsrechte	26
		– Verfahrensrechte	27
		Gruppe	76
		Güter	110
		– Nachfrage	110
F			
Fazilitäten	133		
Fiskalunion	130		
Föderalismus	30, 46		
Fraktionen	40		
Frieden	183, 189		
Fusionskontrolle	102		
G		H	
Geldmenge	131 f.	Handelsbilanz	136
Geldpolitik	124 ff.	Hegemonie	163
Geldschöpfung	124	Human Development Index (HDI)	141
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	59		
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	61	I	
Gerichtshof der EU	70 f.	Immunität	41
Gesellschaftsanalyse	78 ff.	Indemnität	41
Gesellschaftsmodelle	88	Indikatoren (ökonomische)	138 f.
Gesellschaftsstrukturen	84	Individualisierung	88
Gesetzgebung		Industriegesellschaft	88
– Beteiligung der Bundesländer	30	Inflation	126 f.
– im Bundestag	41	Inflationsrate	126, 130
Gesundheitssystem	154 f.	Institutionalismus	188
		Interessenorganisation	35
		intergouvernemental	52

internationale		Lohnpolitik	123
– Akteure	162	Lohn-Preis-Spirale	127
– Beziehungen	162 ff.		
– Institutionen	169 ff.	M	
– Organisation	169	Macht	86
Internationaler		magisches	
Währungsfonds (IWF)	176	– Sechseck	109
Interview	90	– Siebeneck	109
		– Viereck	108
J		Markt/Märkte	106
Jugendarbeitslosigkeit	123	Marktformen	99
		Marktwirtschaft	
K		– freie	94
Kanzlerdemokratie	44	– soziale	95
Kapitalbilanz	136	Marxismus	78, 186
Kartell	101 ff.	Medien	34
– europäisches Recht	103	Mehrheitswahl	36
Keynesianismus	110, 118	Meinungsfreiheit	34
Klasse	78	Menschenrechte	25 f.
Koalitionsräson	44	Menschenwürde	25 f.
konstruktives		Milieu	82 f., 89
Misstrauensvotum	42	Millenniumsgipfel	195
Konsum	92	Mindestreserve	134 f.
Konjunktur	114 f.	Misstrauensvotum	42
Konjunkturentwicklung	115	Mitentscheidungs-	
Konjunkturpolitik		verfahren	65
– nach Keynes	118	Mobilität	87
– neoklassisch-liberal	119	– horizontale	87
Konjunkturtheorien	117	– Intergenerationen-	
Konjunkturzyklus	115	mobilität	87
Konvergenzkriterien	130	– soziale	87
Krankenversicherung	154 ff.	– territoriale	87
Kreditschöpfung	124 f.	– vertikale	87
Krieg	182 f.	Modelle	97 ff.
		– Funktion	97
L		Monetarismus	113
Leistungsbilanz	136	Monopolkommission	102
Lobbying	35	Multilateralismus	162

N

nachhaltige Entwicklung	194 f.
Nationalstaat	168
Nordatlantikpakt (NATO)	178
Naturzerstörung	199
Neorealismus	187 f.
Nichterwerbspersonen	120
Nichtregierungs- organisation (NGO)	170
Normen	77

O

Offenmarktgeschäfte	133
OPEC	181
OAS	181
OSZE	179

P

Parteien	31 ff.
Parteiensystem	31
Preisbildung	98
Preisniveau	126
Preisstabilität	126 f.
Pressefreiheit	34
Produktionsfaktoren	92
Prüfungsaufgaben	211 ff.

R

Realeinkommen	110
Realismus	187
Rechtsschutz	29
Rechtssicherheit	29
Rechtsstaat	28 f.
Referat	200 ff.
Rentenversicherung	150 ff.
Republik	27
Ressourcenknappheit	198 f.
Risikogesellschaft	88
Rolle	76

S

Sainte-Laguë/Schepers- Verfahren	37
saysches Theorem	112
Sozialbudget	146 f.
soziale Gerechtigkeit	143 ff.
soziale Lagen	79
soziale Schichten	80
soziale Sicherungs- systeme	150 ff.
soziale Ungleichheit	78
sozialer Wandel	84 ff.
soziales Netz	148 ff.
Sozialgesetzgebung	145
Sozialisation	75
Sozialleistungsquoten	147
Sozialpolitik	142, 145
Sozialstaat	160 f.
Sozialstaatsgebot	145
Sozialstaatsprinzipien	145 f.
Sozialstruktur	142
Staat (National-)	68
Staatenbund	52
Staatenverbund	52
Staatsform	27 f.
Staatsstruktur- prinzipien	28 ff.
Staatszielbestimmungen	25
Stabilitätsgesetz	108
Stände	78
Statistik	104 f.
Steuern	106
supranational	52

T

Tarifautonomie	107
Tausch	92
Tenderverfahren	134
Terrorismus	184 f.

Transaktionskosten- theorie	99	W	
transnationales Unter- nehmen	177	Wahlrecht	36 f.
U		Wahlssysteme	36 f.
Übertragung	136	Weltbank	175
Umfrage	91	Weltgipfel	195 f.
umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR)	139	Welthandelsorganisation (WTO)	174
UN		Weltkonferenz für Um- welt und Entwicklung	179
– Aufbau	173	Weltsozialforum	196
– Charta	164	Weltwirtschaftsgipfel	196
– Hauptorgane	172	Werte	77
– Sonderorganisationen	171	Wertewandel	77
Unilateralismus	162	Wettbewerb	100 ff.
UN-Klimakonferenz Paris	194	– Beschränkungen	100 ff.
Unterentwicklung	197	– Sicherung	102 f.
V		wirtschaftliches Handeln	92
Verband	35	Wirtschaftskreislauf	96
Vereinte Nationen →		– einfacher	96
UN Verfassungsorgane	51	– erweiterter	96
Verhältnismäßigkeit	29	Wirtschaftspolitik	106 ff.
Verhältnismäßigkeit	36	– angebotsorientierte	112
Verschuldungskrise	57	– antizyklische	111
Vertrag von Amsterdam	56	– Instrumente	108
Vertrag von Lissabon	57 f.	– Konzeptionen	110
Vertrag von Maastricht	56	– nachfrageorientierte	110
Vertrag von Nizza	56	– Ziele	108 f.
Völkerrecht	166 ff.	Wirtschaftsverfassung	93
Volksbegehren	38	Wirtschaftswachstum	114
Volksentscheid	38	Wohlfahrtsstaat	160 ff.
Volksinitiative	38	Z	
volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)	139	Zahlungsbilanz	136
		Zentralverwaltungs- wirtschaft	93
		Zivilisierungstheorie	188
		Zweitstimme	36 f.

Politik und Wirtschaft – Tophemen

Parteien und Parteimitgliedschaft	32
Vor- und Nachteile des deutschen Föderalismus	46
EU-Organe – ein System abgestufter Kompetenz	72
Empirische Datengewinnung	90
Statistiken	104
Ökonomische Indikatoren	138
Transnationale Unternehmen	177
Terrorismus	184
Antworten auf die Globalisierung	194
Referat und Facharbeit	200